Die bei der Begehung einer Straftat gemäß § 125 (1) StPO vorläufig festgenommene Person hat, sofern gegen sie noch keine Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, die Rechtsstellung eines Verdächtigen. Dieser Verdächtige unterscheidet sich jedoch von dem gemäß § 95 (2) StPO zugeführten Verdächtigen in der Regel dahingehend, daß gegen den vorläufig Festgenommenen, weil er bei der Begehung einer Straftat direkt angetroffen wurde, bereits Verdachtsgründe vorliegen, die die sofortige Einleitung eines Ermittlungsverfahrens auch ohne weitere Prüfungshandlungen rechtfertigen würden. Gegen ihn wird jedoch auch erst über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens entschieden. Hierzu können bei Erfordernis ebenso Prüfungshandlungen durchgeführt werden.

Zu diesem Zweck kann der gemäß § 125 (1) StPO vorläufig Festgenommene zwangsweise zur Befragung gemäß § 95 (2) StPO gebracht werden. Dieses ist Bestandteil des Rechtsinstituts der vorläufigen Festnahme. Dabei kann dem Betreffenden, wenn als Wirksamkeitsvoraussetzung für die vorläufige Festnahme Fluchtverdacht vorliegt, die Handfessel oder die Führungskette angelegt werden. Diese Hilfsmittel sowie weitere können auch unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit eingesetzt werden, um Widerstandshandlungen gegen die vorläufige Festnahme zu begegnen. Bei Widerstandshandlungen ist der Betreffende darauf hinzuweisen, daß solche Handlungen zusätzliche strafrechtliche Verantwortlichkeit gemäß § 212 StGB begründen können.

Der vorläufig Festgenommene kann bereits zu Beginn der vorläufigen Festnahme, aber auch erst bei Erreichen der Dienststelle auf am Körper oder in mitgeführten Gegenständen befindliche Beweismittel gemäß § 109 (2) StPO durchsucht werden. Unabhängig davon ist während der gesamten Maßnahme eine Sicherheitsdurchsuchung zum Auffinden von Gegenständen, die gegen die Zuführungskräfte bei Widerstandshandlungen eingesetzt werden können, gestattet. Diese Sicherheitsdurchsuchung ist Be-